

## Die Spuren der NS-Zeit in der österreichischen Wirtschaftsentwicklung

Der Blick auf das Vergangene geht immer durch die Gegenwart hindurch, transportiert so immer neue Fragen ins Reich der Geschichte zurück, um altem ‚Material‘ Erkenntnisse abzugewinnen. So drängen sich bei der Analyse des wirtschaftlichen ‚Anschlusses‘ vom März 1938 heute Assoziationen an die deutsche Wiedervereinigung auf. In beiden Fällen ging es darum, eine vergleichsweise rückständige, von stagnativen Tendenzen geprägte Volkswirtschaft in eine funktionierende Groß-Ökonomie einzubauen. Beide Male stand die Bestimmung des ‚richtigen‘ Wechselkurses zweier Währungen im Vordergrund: Sollte man sich für den von den ökonomischen Experten berechneten entscheiden oder dem durch politisches Kalkül bestimmten den Vorzug geben? Wie und in welcher Frist würde es möglich sein, die Preis- und Lohnunterschiede zwischen den beiden Volkswirtschaften auszugleichen? Wie konnte man die zu erwartenden großen Umschichtungen in den Eigentumsverhältnissen bewältigen?

Der Aufsatz wird – ohne das Gebiet des Impliziten zu verlassen – Parallelen ans Tageslicht fördern, die vor allem im politischen *handling* der Währungsangleichung frappant erscheinen. Doch wird potentiellen Mißverstehern von vornherein bedeutet, daß die Geschichte Parallelen nur *cum grano salis* kennt. Im vorliegenden Fall beziehen sie sich auf die gleichsam *technische* Seite des Unifikationsprozesses.

Drei Fragen werden im folgenden bei der Betrachtung der Jahre 1938 bis 1945 im Vordergrund stehen: Einmal sind sie auf die kurzfristigen Folgewirkungen des ‚Anschlusses‘ gerichtet, dann geht es um das Verhältnis zwischen (NS-)Plänen und Naziwirklichkeit, und drittens wird nach längerfristigen

Trends Ausschau gehalten, die infolge des nationalsozialistischen Interludiums gebremst oder befördert worden sein könnten.

## 1. Die Bedeutung des ‚Anschlusses‘

Der ‚Anschluß‘ war für die österreichische Wirtschaftsentwicklung ein historisches Datum. Österreich wurde nach einer Epoche der außenwirtschaftlichen Desintegration und Fragmentierung, die durch den Zerfall der Monarchie eingeleitet und durch die Weltwirtschaftskrise verstärkt worden waren, wieder in einen größeren Wirtschaftsraum eingegliedert. Dies bedeutete eine beträchtliche Umorientierung, da die deutsche Quote an den österreichischen Exporten nur 15 Prozent ausgemacht hatte. (Zum Vergleich: Der Ausfuhranteil in die Nachfolgestaaten nahm 1937 noch immer rund ein Drittel ein.) Die für später – für die Zeit nach der Eroberung des Südostens – vom Nationalsozialismus vorgesehene Reorientierung Ostösterreichs auf den Donaauraum und den Balkan blieb auf dem Papier.<sup>1</sup>

In die Erinnerung der Zeitgenossen an den ‚Anschluß‘ haben sich verschiedene schiefe Bilder eingebrannt. Eines, auf das wir später zu sprechen kommen, sieht Österreich 1938 im Autobahnbau-Fieber. Einem anderen zufolge habe der Sog des nationalsozialistischen Wirtschaftsbooms in Deutschland die österreichische Wirtschaft *unmittelbar* aus ihrer stagnativen Lethargie gerissen, da die deutsche Ökonomie bis an die Grenzen ihrer Kapazität ausgelastet gewesen sei.

In Wirklichkeit nahm der Umstellungsprozeß auf den deutschen Markt hin längere Zeit in Anspruch. Der gleichsam ‚natürliche‘ Integrationseffekt des ‚Anschlusses‘ war geringer als gemeinhin unterstellt: Zwar exportierte Österreich 1938 real dreimal so viel nach Deutschland wie 1937.<sup>2</sup> Aber dies kompensierte nur den Rückgang der österreichischen Exporte in Drittländer.<sup>3</sup> Am deutschen

1 Vgl. Radomir Luza, *Österreich und die großdeutsche Idee in der NS-Zeit*, Wien, Köln u. Graz 1977, 106 ff.

2 Dietmar Petzina, *Die deutsche Wehrwirtschaftsplanung und der ‚Anschluß‘ Österreichs*, in: Thomas Albrich, Klaus Eisterer u. Rolf Steininger, Hg., *Tirol und der Anschluß*, Innsbruck 1988, 471.

3 Eine genaue Statistik der Exporte Österreichs nach Deutschland steht zwar nicht zu Verfügung, sie würde jedoch zeigen, daß sich durch den ‚Anschluß‘ auch die Struktur der Warenexporte hin zu den Rüstungsgütern verändert hat.

Markt fiel den österreichischen Firmen in der Regel die Rolle eines *Grenzproduzenten* zu, der auf Grund überhöhter Produktionskosten nur dank der überhitzten Konjunktur noch Aufträge erhielt. Diese Tatsache ist aus den Klagen über die Benachteiligung österreichischer Unternehmen bei öffentlichen Bestellungen ablesbar.<sup>4</sup>

Die unangenehme Rolle des Grenzproduzenten, der auf Grund der hohen Produktionskosten „erst verhältnismäßig spät zum Zuge kommt und als erster wieder vom Geschäft ausgeschlossen ist“<sup>5</sup>, war den österreichischen Unternehmen nicht unbekannt. Schon in der Rüstungskonjunktur der Jahre 1936 und 1937 waren sie erst dann „zum Zuge“ gekommen, als ihre ausländischen Konkurrenten „die vergebenen Aufträge nicht mehr bewältigen konnten“.<sup>6</sup>

Auch nach dem ‚Anschluß‘ kam eine durchgreifende Modernisierung des Produktionsapparates bis zum Kriegsausbruch nicht einmal in Ansätzen zustande. ‚Modern‘ waren nur jene neu errichteten Werke, die der Rüstungsproduktion dienten oder auf Grund ihrer strategischen Position im Gefüge der Kriegswirtschaft bei der Zuteilung von Maschinen bevorzugt wurden. Dazu zählte unter anderem die österreichische Bauindustrie, die einen besonders großen Nachholbedarf bei den Investitionen aufwies, da seit dem Ersten Weltkrieg keine nennenswerten Neuinvestitionen erfolgt waren.

Die Zeit nach dem ‚Anschluß‘ begann mit unsichtbaren Exporten von Konsumgütern. Deutsche Staatsbürger deckten sich in Österreich mit Waren ein, die im Altreich schon längst nicht mehr zu haben waren. Diesem einmaligen Nachfragestoß folgte ein von der ostmärkischen Inlandsnachfrage ausgelöster Konsumboom: Der Umsatz an Verbrauchsgütern stieg innerhalb eines Jahres um 30 Prozent. Doch wurde diese Entwicklung, die aus der Wiedereingliederung von 130.000 ausgesteuerten Arbeitslosen in die Unterstützungszahlungen, der Zunahme der Zahl der Beschäftigten um 180.000 und wohl auch aus der – opti-

4 Luza, Österreich, wie Anm. 1, 134, erwähnt, daß noch bei Kriegsbeginn die Kapazitäten der österreichischen Industrie in einem signifikant geringeren Ausmaß von Rüstungsaufträgen absorbiert wurden als in Deutschland. Luzas Darstellung der wirtschaftlichen Probleme des ‚Anschlusses‘ wird jedoch durch viele Unklarheiten und ein geringes Verständnis ökonomischer Zusammenhänge ein wenig entwertet.

5 Monatsbericht des Österr. Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO-Monatsbericht) 1-2 (1945), 38.

6 Ebd..

mistischen Zukunftserwartungen entspringenden – Auflösung von Ersparnissen zu erklären ist<sup>7</sup>, nach einem Jahr durch den Kriegsausbruch unterbrochen.

Diese von der Nachfrage nach Konsumgütern getragene Konjunktur dürfte sich jedoch kaum in einer vermehrten Investitionstätigkeit niedergeschlagen haben, da die Kapazitäten in der Leichtindustrie noch 1937 eine extreme Unterauslastung aufwiesen (siehe Tabelle 1). Die Erhöhung des Absatzes an Verbrauchsgütern von 30 Prozent reichte bei weitem nicht aus, um auch nur das Niveau von 1929 wieder zu erreichen.

Tabelle 1: Umsatz von Investitions- und Konsumgütern  
in Österreich 1932–1938 (Index, 1929 = 100)

	1932	1935	1936	1937	1938
Investitionsgüter	58	70	74	94	–*
Konsumgüter	79	70	66	65	91

\* Keine Angabe. – Quelle: WIFO-Monatsbericht 1–2 (1945), 43.

Dennoch erlebte Österreich nach 1938 einen Investitionsboom, der allerdings nur in eine – dem Kalkül der Aufrüstung unterworfenene – Richtung gelenkt wurde. Die Weichen dazu wurden unmittelbar nach dem ‚Anschluß‘ gestellt (s. unten S. 149 ff.). Nichtsdestoweniger bewirkte diese *Modernisierung in Abhängigkeit* den in die Zukunft weisenden Aus- und Aufbau vieler Produktionsanlagen und regionale Entwicklungsschübe in den näher am Reich liegenden westlichen Landesteilen. Auch wenn ein Großteil des neuen Potentials durch Kriegszerstörungen und Demontagen nach dem Krieg wieder verloren ging, blieb noch genug übrig, woran im Wiederaufbau angeknüpft werden konnte: Das halbfer-tige Tauernkraftwerk von *Kaprun* erhielt eine geradezu symbolträchtige Bedeutung für den Wiederaufbau.

Der Ausbau Österreichs zu einem Zentrum der Energie- und Rüstungswirtschaft folgte Plänen, die von deutscher Seite schon vorhanden waren, als Österreich überfallen wurde. Seit der Inauguration des Vierjahresplans im Jahr

7 Auch das steile Ansteigen der Geburtenrate 1939 fügt sich in dieses Szenario. Offensichtlich wurde die Gefahr eines Krieges anfangs von der österreichischen Bevölkerung geringer eingeschätzt als man geneigt ist, aus heutiger Sicht zu unterstellen.

1936 rechneten die deutschen Nationalsozialisten mit den wirtschaftlichen Ressourcen des Alpengebietes. Der hohe Stellenwert der ökonomischen Motive für den ‚Anschluß‘ ist von der historischen Forschung eindeutig diagnostiziert worden.<sup>8</sup> Das Reich benötigte die österreichischen Arbeitskräfte ebenso wie die unausgenutzten Industriekapazitäten, die Rohstoffe und Erze, die Erdölreserven und die in den Alpentälern schlummernde weiße Kohle. In der Tat stammten 1939 19,4 Prozent der gesamten Erdölproduktion und 20,5 Prozent der Eisenerzförderung des Reiches aus Österreich; die Alpen- und Sudetenländer erbrachten gemeinsam 8 Prozent der Elektroenergie, 3,7 Prozent der Rohstahlproduktion und 4,5 Prozent der Walzwerkfertigerzeugnisse.<sup>9</sup>

Allerdings waren die kurzfristigen Motive für den Einmarsch im März 1938 sicherlich politischer Natur und wurden – worauf Dietmar Petzina zu Recht hingewiesen hat<sup>10</sup> – *nicht* durch eine kritische Zuspitzung der Wirtschaftslage in Deutschland ausgelöst. Der einzige wirklich dringliche kurzfristige ökonomische ‚Handlungsbedarf‘ gegenüber Österreich ergab sich aus der angespannten Devisenlage des Deutschen Reiches. Denn Österreich verfügte – im wahren Sinn des Wortes – über ‚Schätze‘, die einen Räuber provozieren konnten: Gold- und Devisenreserven der Oesterreichischen Nationalbank in der Höhe von 470 Mio. Schilling, beträchtliche Clearing-Guthaben aus dem Handelsverkehr mit dem Ausland sowie private Werte, an die ein potentieller Okkupant Hand legen konnte. Insgesamt erwarteten die deutschen Behörden einen Eingang von 440 Mio. Reichsmark oder 880 Mio. Schilling – eine Summe, die ausreichte, um den gesamten Devisenbedarf des Deutschen Reiches für das Jahr 1938 zu decken.<sup>11</sup>

Der tatsächlich eingehobene Betrag lag bei 2,5 Mrd. Schilling (oder 1,25 Mrd. Reichsmark zum Kurs vor dem ‚Anschluß‘).<sup>12</sup> Dies entsprach rund einem

8 Vgl. Norbert Schausberger, Wirtschaftliche Motive für den ‚Anschluß‘, in: Österreich in Geschichte und Literatur 13 (Februar 1969), 57–69; ders., Der Griff nach Österreich. Der ‚Anschluß‘, Wien u. München 1978, 389 ff.; Liselotte Wittek-Saltzberg, Die wirtschaftspolitischen Auswirkungen der Okkupation Österreichs, Phil. Diss., Wien 1970.

9 Berechnet nach: Rolf Wagenführ, Die deutsche Industrie im Kriege 1939–1945, Berlin 1955, 21.

10 Petzina, Wehrwirtschaftsplanung, wie Anm. 2, 464 f.

11 Ebd., 469.

12 Nach den Berechnungen von L. Gabriel, Österreich in der großdeutschen Wirtschaft, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik 147 (1938), 641 ff. – Schausberger, Griff, wie

Viertel des österreichischen Bruttonationalproduktes von 1937. Die Dimensionen dieses Raubzuges sind mitzudenken, wenn von jenen Summen die Rede ist, welche die neuen Machthaber unter großem propagandistischen Aufwand nach dem ‚Anschluß‘ in Österreich investierten: vor allem den 750 Mio. Schilling an öffentlichen Aufträgen, die im ersten Jahr nach dem ‚Anschluß‘ in die österreichische Wirtschaft zurückgepumpt wurden.<sup>13</sup> Dies ergibt einen Nettoabfluß von 875 Mio. Reichsmark, nicht eingerechnet jene Mindererlöse, die sich beim Verkauf österreichischen Eigentums unter politischem Zwang einstellten.

## 2. Zwei Konjunkturen: Österreich und Deutschland in den dreißiger Jahren

Die Frage, warum der ‚Anschluß‘ von einem großen Teil der österreichischen Bevölkerung so enthusiastisch begrüßt wurde, ist aufs engste mit der unterschiedlichen Wirtschaftsentwicklung in den späten dreißiger Jahren verknüpft. In Deutschland herrschte eine Hochkonjunktur, welche die wirtschaftlichen Ressourcen bis an die Grenzen in Anspruch nahm. Die Arbeitslosigkeit war 1937 praktisch beseitigt. In Österreich hingegen lag das Bruttonationalprodukt 1937 noch weit unter dem Niveau von 1929 (siehe Diagramm 1). Die Arbeitslosenrate betrug nach optimistischen Schätzungen im Jahresdurchschnitt 21,7 Prozent; pessimistischere Varianten sprechen von einer Arbeitslosigkeit von fast 35 Prozent, was einer Zahl von 670.000 Beschäftigungslosen entsprochen hätte.<sup>14</sup>

Das Versagen des Ständestaates auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik machte den Nationalsozialismus in den späten dreißiger Jahren selbst bei jenen Schichten attraktiv, die zunächst dem autoritären Regime ‚Dollfuß‘ und Schuschniggs mit Sympathie begegnet waren.<sup>15</sup> Die Wirtschaftspolitik des Austrofaschismus als bloße Funktion einer bornierten gesellschaftspolitischen

Anm. 8, 462 f., kommt auf eine noch höhere Summe, da er auch den Bestand der Nationalbank an ungemünztem Gold mit in Erwägung zieht.

13 Lt. Monatsberichte des Wiener Instituts für Wirtschafts- und Konjunkturforschung 2-3 und 4 (1939).

14 Die Wirtschaft Österreichs von 1918 bis 1938. Monatsbericht des Österr. Institutes für Wirtschaftsforschung 1 (1945) (im folgenden zitiert als WIFO-Monatsbericht), 37.

15 Vgl. Siegfried Mattl, Die Finanzdiktatur. Wirtschaftspolitik in Österreich 1933-1938, in: Emmerich Tálos u. Wolfgang Neugebauer, Hg., Austrofaschismus, Wien 1983, 131 ff.; Ulrich Kluge, Der österreichische Ständestaat 1934-1938, Wien 1984, 100 ff.

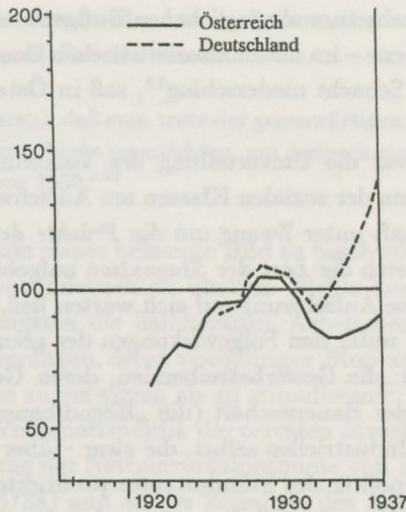


Diagramm 1: Brutto-Nationalprodukt in Österreich und Deutschland  
1913–1937, 1913 = 100

Konzeption zu charakterisieren, die darauf abzielte, Rache an den unselbständig Erwerbstätigen zu nehmen und die durch die Hyperinflation geschaffene Einkommensverteilung zu revidieren, wie das Dieter Stiefel vorschlägt<sup>16</sup>, scheint mir zu kurz zu greifen. Das Niedrighalten des Lohnanteils am Volkseinkommen war auch das erklärte Ziel des Nationalsozialismus. Der Unterschied lag in der Konzeption: In Österreich ergab sich der verteilungspolitische Effekt aus einer deflationistischen, grundsätzlich auf *angebotsorientierte* Stimuli vertrauenden wirtschaftspolitischen Strategie; die Umverteilung der Einkommen bildete geradezu die *notwendige Vorbedingung* der Erholung von der Krise. Der Sieg des Wirtschaftsliberalismus über den ständestaatlichen Populismus schlug sich in der *Dominanz der Finanzwirtschaft über die Wirtschaftspolitik* nieder. Die Finanzminister des autoritären Regimes waren bloße Erfüllungsgehilfen des mächtigen Präsidenten der Nationalbank, Viktor Kienböck und – in weiterer Sicht – der ausländischen Gläubiger des österreichischen Staates. Die monetaristische ‚Konterrevolution‘, die sich dem amerikanischen ‚New Deal‘ entgegenstellte und

16 Dieter Stiefel, *Utopie und Realität: Die Wirtschaftspolitik des Ständestaates*, in: *Tirol*, wie Anm. 2, 416 ff.

die überhastete Rückkehr zum ausgeglichenen Budget erzwang<sup>17</sup>, und die sich – auf einer anderen Ebene – im nationalsozialistischen Deutschland im Konflikt zwischen Göring und Schacht niederschlug<sup>18</sup>, saß in Österreich seit 1932 fest im Sattel.<sup>19</sup>

In Deutschland war die Umverteilung des Volkseinkommens als unterschiedliche Partizipation der sozialen Klassen am Aufschwung konzipiert. Hier wurde die Arbeiterschaft unter Zwang um die *Früchte des Booms* gebracht<sup>20</sup>, während ihr in Österreich die *Last der Stagnation* aufgebürdet wurde. Und je länger der versprochene Aufschwung auf sich warten ließ, desto unzufriedener wurden auch jene, die unter den Folgewirkungen der gesunkenen Massenkaufkraft zu leiden hatten: die Gewerbetreibenden, deren Geschäfte stagnierten, bestimmte Schichten der Bauernschaft (die „Hörndlbauern“ in den Alpengebieten) und sogar die Industriellen selbst, die zwar – über die niedrigen Löhne – von der Wirtschaftspolitik des Ständestaates profitierten, aber neidvoll auf die Gewinnmargen blickten, die sich ihren deutschen Konkurrenten infolge des staatlich induzierten wirtschaftlichen Booms boten.

Der Ständestaat hatte seine wirtschaftspolitischen Vorschußlorbeeren längst verspielt, als er von seinem großen deutschen Bruder geschluckt wurde. Denn Dollfuß hatte der Demokratie in Österreich auch mit dem Anspruch auf wirtschaftspolitische Kompetenz ein Ende bereitet: Mittels einer autoritär durchgeführten Stabilisierungspolitik sollte das Fundament für einen autonomen, von der Belebung der Exportnachfrage getragenen Wirtschaftsaufschwung gelegt werden. Aber selbst die Belebung der internationalen Konjunktur 1936/37 reichte nicht aus, um das Investitionsverhalten der österrei-

17 Robert Lekachman, John Maynard Keynes. Revolutionär des Kapitalismus, München 1970, 143 f.

18 Im November 1937 trat Schacht als Wirtschaftsminister und Bevollmächtigter für Kriegswirtschaft zurück, Anfang 1939 wurde er auch als Reichsbankpräsident entlassen, weil er inflationistische Methoden der Kriegsfinanzierung ablehnte.

19 Vgl. zur Übernahme des Präsidentenamtes in der Nationalbank durch Kienböck sowie zu den Auswirkungen des Restriktionskurses: Hans Kernbauer, Währungspolitik in der Zwischenkriegszeit. Geschichte der Oesterreichischen Nationalbank von 1923 bis 1938, Wien 1991, 333 ff.

20 Zwar stiegen im Deutschen Reich – trotz des 1933 verhängten Lohnstops – die Effektivlöhne um ca. 15 Prozent an; die *Reallöhne* erreichten aber 1937 nur auf *Wochenbasis* das Niveau von 1929. Da jedoch die Arbeitszeit verlängert worden war, lagen die Stundenreal-löhne unter diesem Stand.

chischen Unternehmer entscheidend zu verändern, die – nach der kompetenten Einschätzung der *Neuen Freien Presse* –

„sich darüber einig (waren), daß man trotz der gegenwärtigen Exportkonjunktur nicht daran denken dürfe, neue Werke zu errichten, um dadurch etwa in den gleichen Fehler zu verfallen, wie (...) vor 1930.“<sup>21</sup>

Die Pferde gingen – um dieses bekannte Bild zu beschwören – nicht zur Tränke und zogen es vor, pessimistisch zu bleiben. Nichts konnte ihre Investitionslust wecken, am wenigsten die halbherzigen Arbeitsbeschaffungsprojekte der österreichischen Regierungen, deren zweijähriger ‚Stop-and-Go-Rhythmus‘ eher dazu angetan war, sie zu verwirren als zu stimulieren<sup>22</sup>: Während in Deutschland die staatliche Wirtschaftspolitik die privaten Investitionen anfachte – ablesbar an der Erhöhung der Nettoinvestitionsquote von 10,5 Prozent (1925/30) auf 13 Prozent (1935/38) und an der Zunahme des Anteils der Industrieinvestitionen an den Gesamtinvestitionen von 19 Prozent (1928) auf 25 Prozent (1938)<sup>23</sup> – verpufften in Österreich die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen ohne nachhaltige Wirkung. Sie waren nach dem klassischen Muster der Notstandsarbeiten des 19. Jahrhunderts konzipiert, bei denen das Kriterium der *kurzfristigen* Effektivität (Beschäftigung einer möglichst großen Zahl von Arbeitslosen durch besonders arbeitsintensive Projekte) den Ausschlag gab.

Hinter den öffentlichen Arbeiten des Ständestaats stand kein ökonomisches Konzept; das Abweichen vom liberalistischen Grundkurs war *politisch* motiviert, zielte darauf ab, die Sympathie der Bevölkerung zu gewinnen und der nationalsozialistischen Propaganda den Wind aus den Segeln zu nehmen. Schon die „Trefferanleihe“ von 1933 (deren Erlös zum Teil in Arbeitsbeschaf-

21 Neue Freie Presse (NFP), 21. Oktober 1937.

22 Die Beobachtung Lekachmans, Keynes, wie Anm. 17, 158, daß im Rahmen des amerikanischen New Deal „die Ausgabenpolitik viel zu ängstlich und vorsichtig betrieben (wurde), als daß man damit wirtschaftliche Prosperität hätte wiederherstellen können“, ließe sich auch auf Österreich übertragen. Auch die Kennzeichnung der Rooseveltischen Politik als einer „Geschichte von stümperhaften politischen Entscheidungen und verpaßten Gelegenheiten“ (ebd., 160) scheint besser auf Österreich zu passen als auf die USA.

23 Dietmar Petzina, Krisen und Krisenstrategien: Die deutschen Erfahrungen der Zwischenkriegszeit und der Gegenwart, in: Istvan T. Berend u. Knut Borchardt, Hg., *The impact of the depression of the 1930's and its relevance for the contemporary world*, Budapest 1986, 176.

fungsprojekte fließen sollte), wurde zur „Fahnenfrage“<sup>24</sup> für das eben etablierte autoritäre Regime umstilisiert. Auch die *Arbeitsanleihe* von 1935 und die *Investitionsanleihe* von 1937 waren trotz aller Etikettierung („Arbeitsschlacht“) nur politisch „von außen“ aufgewungene (und daher halbherzige) kosmetische Operationen an einer diametral entgegengesetzten wirtschaftspolitischen Konzeption. Die österreichische Wirtschaftspolitik blieb den *angebotsorientierten* Ideen verpflichtet: der Senkung der Löhne, dem ausgeglichenen Budget und der Hartwährungspolitik. Das entsprach der inneren Überzeugung der Verantwortlichen ebenso wie den Wünschen der ausländischen Gläubiger des Landes.<sup>25</sup>

Felix Butschek schätzt den Handlungsspielraum der österreichischen Wirtschaftspolitik vor 1938 als so gering ein, daß auch andere (demokratische) Regierungen „die Gegebenheiten der österreichischen wie der internationalen Situation“ nicht ignorieren und daher keine „grundlegend andere Politik“ betreiben hätten können.<sup>26</sup> Diesem Einwand ist nur bedingt zuzustimmen: Denn Österreich war nicht dazu verdammt, die Rolle eines Vorzugsschülers bei der pünktlichen Rückzahlung von Schulden<sup>27</sup> in einer Zeit zu spielen, da andere Staaten von ihrem Recht auf das Moratorium ziemlich großzügig Gebrauch machten. Und wer zwang die Regierung, von den aufgenommenen ‚inneren‘ Anleihen einen großen Teil zu sterilisieren, indem schwebende Schulden des Staates an die Notenbank zurückgezahlt wurden?<sup>28</sup>

Daß solche Handlungsspielräume vorhanden waren, bewies das Verhalten der Regierung selbst: Nachdem sie wegen der Nichtabwertung des Schilling und des Sparkurses von 1936 von den eigenen Anhängern unter Druck gesetzt worden war<sup>29</sup>, mußte sie 1937 erneut der Forderung nach Arbeitsbeschaffung Rechnung tragen. Als sich Ende 1937 eine weitere Verschlechterung der

24 Vizekanzler Emil Fey im Ministerrat. Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik, Kabinett Dollfuß, Bd. 4, Wien 1984, 452.

25 Im KOFO-Monatsbericht 3 (1938), 76, heißt es, Österreich habe vor 1938 die Wirtschaftspolitik „in erster Linie auf die Erfüllung der Ansprüche seiner ausländischen Gläubiger“ ausgerichtet.

26 Felix Butschek, *Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert*, Wien 1985, 58.

27 Die *Financial Times* vom 21. Februar 1938 bezeichnete Österreich als „model debtor“.

28 Laut Mattl, *Finanzdiktatur*, wie Anm. 15, 137, kamen nur 40 Prozent des Gesamterlöses der drei erwähnten Anleihen produktiven Zwecken zugute.

29 Siehe dazu: NFP vom 8. November und 13. Dezember 1936 sowie vom 13. Februar 1937.

Wirtschaftslage abzeichnete<sup>30</sup>, machte sich in den letzten Monaten vor dem ‚Anschluß‘ eine aus heterogenen Elementen zusammengesetzte ‚keynesianische‘ Opposition bemerkbar.<sup>31</sup> Die Regierungsumbildung nach Berchtesgaden leitete auch wirtschaftspolitisch einen Kurswechsel ein, der in der Gründung eines *Staatssekretariats für die Angelegenheiten der Industrie* zum Ausdruck kam, dessen Leiter Oberstleutnant Stepski-Doliva dem interventionistischen Flügel der Industrie angehörte.

Wenige Tage nach der Regierungsumbildung beschloß der Ministerrat ein Arbeitsbeschaffungsprogramm, das Ausgaben in der Höhe von 300 Mio. Schilling vorsah.<sup>32</sup> Diese Absichtserklärung konnte wohl noch der Öffentlichkeit präsentiert werden, wurde dann aber von den Ereignissen ebenso überrollt wie die geplante Volksabstimmung. Sie scheint jedoch zum Teil – zumindest beim Straßenbau – als Grundlage für die NS-Politik unmittelbar nach dem ‚Anschluß‘ gedient zu haben.<sup>33</sup>

### 3. Die Eingliederung ins Reich

Die Eingliederung der modernisierungsbedürftigen österreichischen Industrie in die auf vollen Touren laufende deutsche Volkswirtschaft warf eine Reihe komplizierter Probleme auf, die mit dem formellen Vollzug des ökonomischen Anschlusses durch Gesetze und Verordnungen allein nicht zu lösen waren.<sup>34</sup> Zuallererst stand die Festlegung der Währungsrelation zwischen Schilling und Reichsmark auf der Tagesordnung. Die Fixierung des Wechselkurses war nicht bloß eine währungstechnische Frage; sie entschied vielmehr auch über die künftige Entwicklung des Lohn- und Preisniveaus in Österreich, die Gläubiger-Schuldner-Beziehungen sowie – nicht zuletzt – die Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Produkte auf dem deutschen Markt.

30 Laut KOFO-Monatsbericht 3 (1938), 81, wies der saisonbereinigte Index der Industrieproduktion zwischen September 1937 und Jänner 1938 einen Rückgang um mehr als 20 Prozent aus.

31 Vgl. NFP vom 17. Februar, 1., 5. u. 8. März 1938.

32 NFP vom 22., 23. u. 25. Februar 1938.

33 Vgl. Deutsche Bergwerks-Zeitung vom 30. März 1938.

34 Zu den Einzelheiten des legistischen Vollzugs siehe: Wittek-Saltzberg, Auswirkungen, wie Anm. 8, 61 ff.

Zu dieser wichtigen Frage lagen zum Zeitpunkt des Anschlusses bereits einschlägige Berechnungen deutscher Institutionen und Experten vor, die anlässlich des von deutscher Seite im Februar 1938 lancierten Plans einer Währungsunion zwischen den beiden Staaten erstellt worden waren. Die Währungsunion stellte die ‚friedliche‘ Alternative zur Okkupation in Form eines allmählichen wirtschaftlichen Anschlusses Österreichs an Deutschland dar. Sie hätte es erlaubt, das wirtschaftliche Potential Österreichs durch eine Änderung der Politik der Wiener Währungsbehörden für die deutsche Aufrüstung dienstbar zu machen.<sup>35</sup> Dabei war – auf Anraten der Reichsbank – am 1. März 1938 die Relation von 1 Reichsmark = 2 S als die für die deutsche Seite günstigste Variante festgelegt worden.<sup>36</sup>

Aus – wie der Präsident der Deutschen Reichsbank bitter vermerkte – „politischen und propagandistischen“ Erwägungen<sup>37</sup> wurde aber nach dem 12. März die Relation 2 Reichsmark = 3 Schilling gewählt. Was stand hinter diesem plötzlichen Gesinnungswandel, der eine Aufwertung des Schilling um 36 Prozent gegenüber der offiziellen Berliner Notierung bedeutete? Sicherlich nicht die Anerkennung der ökonomischen Realität: Der gewählte Kurs entsprach zwar, wie aus den Akten der Deutschen Reichsbank hervorgeht, ungefähr den Kaufkraftparitäten.<sup>38</sup> Doch wurde die Aufwertung des Schilling von Hitler persönlich gegen den ausdrücklichen Rat der Experten unter dem Einfluß der österreichischen Nationalsozialisten durchgesetzt, und zwar – wie viele andere Maßnahmen dieser Tage auch – im Hinblick auf die geplante ‚Volksabstimmung‘ vom

35 Vgl. zum Währungsunion-Plan: Karl Stuhlpfarrer, Der deutsche Plan einer Währungsunion mit Österreich, in: Anschluß 1938, Wien 1981, 272 ff.

36 (Ehem.) Zentrales Staatsarchiv der DDR (ZStA) Potsdam, 25.01 Deutsche Reichsbank (DR), 6673, Bl. 123/24: Volkswirtschaftliche und statistische Abteilung, „Auf welche Weise ließe sich eine deutsch-österreichische Währungsunion durchführen?“ (26. Februar 1938); Bl. 199: Aktennotiz vom 3. März 1938.

37 Ebd., 25.01 DR, 6675: Vermerk H. Schacht.

38 Ebd., 25.01 DR, 6673, Bl. 315: Notiz vom 12. März 1938 „Währungsrelation Deutschland-Österreich“. In dieser Notiz wurde eine Relation von 2:3 bis 3:4 als realistisches, wahrheitsgetreues Verhältnis bezeichnet. Wegen der kontrollierten Wechselkurse und der Preisregulierungen war ein Kaufkraftvergleich sehr schwierig und ließ einigen interpretativen Spielraum offen.

10. April.<sup>39</sup> Zweck dieser populistischen Geste war es, „der Bevölkerung des Landes Österreich eine größere Kaufkraft zu geben“.<sup>40</sup>

Es handelte sich also um das Gegenteil dessen, was österreichische Autoren fälschlicherweise immer wieder unterstellt haben: Die österreichischen Waren (oder Aktien) wurden für deutsche Käufer nicht billiger, sondern teurer. Dementsprechend verminderte die Aufwertung die Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Produzenten am deutschen Markt, da nun

„die Löhne und Gehälter sowie die der Landwirtschaft gezahlten Preise denen des Altreiches etwa entsprachen; die Lebenshaltungskosten, die Preise der industriellen Produkte und vor allem die Produktionsgüter wurden aber so im Verhältnis viel zu hoch“.<sup>41</sup>

Um den Preisanstieg zu bremsen, wurden neben administrativen Maßnahmen (wie der Übertragung der deutschen Preisregelung auf Österreich) auch wirtschaftspolitische Schritte wie Steuersenkungen eingeleitet. Tatsächlich sank der Verbraucherpreisindex in Österreich von März bis Dezember 1938 um 2,3 Prozent. Die Großhandelspreise gingen bis März 1939 sogar um 5 Prozent zurück. Die Löhne hingegen stiegen im selben Zeitraum um 20 bis 25 Prozent.<sup>42</sup> Nach diesem Reallohnsprung sank die Massenkaukraft allerdings wieder sehr stark ab.<sup>43</sup>

Durch die Aufrechterhaltung des Zollschatzes für Österreich bis zum 1. Oktober 1938 versuchte man, die aus der Aufwertung des Schilling resultierenden Übergangsschwierigkeiten der österreichischen Industrie zu mildern. Danach wurden die Zollschränken in der verschleierte Form des sogenannten ‚Gebiets-

39 Ebd., 25.01 DR, 6675: Bericht des Reichsbankdirektors Wilhelm über seine Mission in Wien vom 12. 3. 1938 bis 3. 4. 1938.

40 Ebd., Bl. 70.

41 Ebd., Bl. 306: Volkswirtschaftliche und stat. Abt., „Die Ostmark im Aufbau“ (29. März 1939).

42 Butschek, 20. Jahrhundert, wie Anm. 26, 60; Petzina, Wehrwirtschaftsplanung, wie Anm. 2, 476 f.; Luza, Österreich, wie Anm. 1, 110 f. und 127, verwirrt auch hier, indem er dauernd zwischen österreichspezifischen Problemen und dem Vergleich des österreichischen Lohn- und Preisniveaus mit dem deutschen hin- und herspringt. Das Reallohndifferential zwischen den beiden Staaten konnte in der Tat nicht beseitigt werden.

43 Vgl. den geheimen Bericht des Wiener Instituts für Wirtschaftsforschung: Die Entwicklung der Lebenshaltungskosten und Löhne in Wien seit der Wiedervereinigung, Wien 1941.

schutzes' weiter aufrechterhalten.<sup>44</sup> Obwohl die Aufwertung den Modernisierungsdruck auf die österreichische Wirtschaft erhöhen mußte, kam die erhoffte Rationalisierungswelle – die Preisunterschiede zu Deutschland waren im wesentlichen eine Folge der technischen Rückständigkeit des österreichischen Produktionsapparates – in der kurzen Übergangszeit bis zum Ausbruch des Kriegs nicht in Gang und scheiterte danach an der kriegsbedingten Stockung der Maschinezuteilungen an die ‚Ostmark‘. Anfang 1939 wurde eine sogenannte *Rationalisierungsstelle für die Ostmark* ins Leben gerufen, die jedoch infolge des Kriegsausbruchs über Vorarbeiten nicht hinauskam.<sup>45</sup> Immerhin war hier ein weiterer Impuls in eine Richtung gesetzt, die Ende der zwanziger Jahren mit der Gründung des *Österreichischen Kuratoriums für Wirtschaftlichkeit* begonnen hatte<sup>46</sup> und nach dem Weltkrieg in dem von den USA geförderten *Österreichischen Produktivitätszentrum* (1950) eine konzeptive Fortsetzung fand.<sup>47</sup> Alle drei Institutionen verbindet ein gemeinsames Schicksal: der Mißerfolg.

Ebensowenig wie die Rationalisierung der Produktion im allgemeinen konnten auch andere Hindernisse wie die mangelnde Versorgung Österreichs mit Rohstoffen oder die höheren Strom- und Transportkosten behoben werden<sup>48</sup>, sodaß noch 1941 die Notwendigkeit eines neuen Entwicklungsprogramms für die österreichischen ‚Gau‘ diskutiert wurde.<sup>49</sup> Aber zu diesem Zeitpunkt mußten solche regionalistischen Sonderwünsche platonisch bleiben und ganz hinter die totale Mobilisierung der Wirtschaft für den Krieg zurücktreten. Die einzige ‚Entwicklungsmöglichkeit‘ bestand in der Verlagerung kriegswichtiger Produktionen in das Alpengebiet, das in den Jahren bis 1943 für die alliierten Bomber unerreichbar war.

44 Vgl. Wittek-Saltzberg, Auswirkungen, wie Anm. 8, 65 ff; Luza, Österreich, wie Anm. 1, 131; AVA Wien, Akten des Reichskommissars für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich (ARW), Karton 63/125 und 91/179.

45 Norbert Schausberger, Rüstung in Österreich 1938–1945, Wien 1970, 39.

46 Vgl. Ulrike Weber, Wege aus der Krise: Freie Gewerkschaften und Wirtschaftspolitik in der Ersten Republik, Wien u. Zürich 1990, 110 ff.

47 Karl Ausch, Licht und Irrlicht des österreichischen Wirtschaftswunders, Wien 1965, 92 ff.

48 Luza, Österreich, wie Anm. 1, 131.

49 Ebd., 135.

#### 4. Arbeitsbeschaffung

Die Lösung der Beschäftigungsprobleme durch den Nationalsozialismus innerhalb kurzer Zeit ist eine Tatsache, die den Betroffenen in unauslöschlicher Erinnerung geblieben ist: Die österreichische Arbeitslosenrate, die 1937 (im Jahresdurchschnitt) noch mindestens 22 Prozent betragen hatte, sank auf 12,7 Prozent (1938) und 3,7 Prozent (1939). Die wirtschaftspolitischen Versprechungen des Nationalsozialismus schienen Realität zu werden: Bereits am 23. März 1938 erging eine „Verordnung zur wirtschaftlichen Belegung Österreichs“, mittels derer nach dem Vorbild Deutschlands (1933 bis 1935) Maßnahmen zur Belegung der österreichischen Wirtschaft eingeleitet werden sollten.<sup>50</sup> Wenige Tage später verkündete Hermann Göring im Rahmen einer Kundgebung in der Halle des Wiener Nordwestbahnhofs ein 17 Punkte umfassendes *Aufbauprogramm für Österreich*, in welchem die Eingliederung der österreichischen Wirtschaft in den seit 1936 laufenden *Vierjahresplan* (dessen Durchführung ihm oblag) angekündigt wurde: Der Ausbau der Rüstungsindustrie, der Rohstoffförderung und der E-Wirtschaft standen darin im Vordergrund.<sup>51</sup>

Der Arbeitsbeschaffung, die schon vor 1938 eine wichtige Rolle in der NS-Propaganda gespielt hatte, kam nach dem 12. März 1938 ein zentraler Stellenwert bei der Einstimmung der österreichischen Bevölkerung auf die ‚Volksabstimmung‘ vom 10. April zu: Die neuen Nazi-Provinzgrößen beeilten sich, mit hastig ausgearbeiteten regionalen Arbeitsbeschaffungsprogrammen Stimmung für das neue Regime zu machen, wobei Phantasiebeträge genannt wurden, die man in alle erdenklichen Projekte investieren wollte. Der *Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich*, Josef Bürckel, bemühte sich, in Berlin Gelder für öffentliche Arbeiten flüssig zu machen, die rasch begonnen werden konnten. Und Görings Nordwestbahnhof-Rede füllte fortan als „Milliardenprogramm“ die Spalten der gleichgeschalteten Presse.

Je näher die Volksabstimmung rückte, desto dichter wurde die *Inszenierung* der Arbeitsbeschaffung: An dem Tag, als Göring Donawitz besuchte (29. März), wurden 500 Hüttenarbeiter neu eingestellt. In Steyr, das ebenfalls dazu ausersehen war, Teil des Göring-Konzerns zu werden, kam es Ende März zur Aufnahme von 800 Arbeitern. Anfang April wurde bekanntgegeben,

<sup>50</sup> Petzina, Wehrwirtschaftsplanung, wie Anm. 2, 471.

<sup>51</sup> Schausberger, Rüstung, wie Anm. 45, 28 f.

daß die Deutsche Wehrmacht Aufträge in der Höhe von 25 Mio. Reichsmark nach Österreich vergeben habe. Die deutsche Reichsregierung beschloß ein Gesetz, in dem Garantien für Kredite zur Förderung der gewerblichen Wirtschaft in Österreich zugesagt wurden. Die ersten Straßenbauten für das Kraftwerk Ybbs-Persenbeug – dessen Realisierung 1931 wegen der Weltwirtschaftskrise unterblieben war – wurden in Angriff genommen.

Den Höhepunkt aber bildete das propagandistische Lieblingskind des Nationalsozialismus, der Autobahnbau: In der Wiener Sezession wurde Ende März 1938 die Ausstellung „Die Straßen Adolf Hitlers“ eröffnet, nachdem Göring in seiner Nordwestbahnhof-Rede den sofortigen Beginn des Baus von 1.100 Kilometern Autobahnen verkündet hatte. Ende März wurde die erste Bauabteilung der Autobahn in Linz errichtet. Und am 7. April nahm Hitler höchstpersönlich den Spatenstich für die Autobahn Salzburg-Wien am Walsertal vor; am selben Tag überreichte der *Generalinspekteur für das deutsche Straßenwesen*, Ing. Todt, den ersten 120 Autobahnarbeitern Österreichs auf dem Salzburger Residenzplatz feierlich die Spaten.<sup>52</sup>

Seitdem glaubt eine ganze Generation von Menschen, daß Hitler auch in Österreich Autobahnen gebaut habe: In Wirklichkeit kam der Autobahnbau über ein kleines Teilstück bei Salzburg und einige Brückenpfeiler im Wienerwald nicht hinaus. Von den 225 Mio. Schilling, die 1938 in den Straßenbau investiert wurden<sup>53</sup>, dürfte nur ein geringer Teil in den Autobahnbau geflossen sein. Auch die anderen Musterprojekte des Jahres 1938 blieben meist in Ansätzen stecken: Der Bau des Donaukraftwerkes Ybbs-Persenbeug wurde bei Kriegsbeginn eingestellt<sup>54</sup>; das Aus für Kaprun folgte 1943.<sup>55</sup> Den Plänen für regionale Arbeitsbeschaffungsprogramme wurde bereits im Sommer 1938 durch ein

52 Quelle all dieser Informationen sind zeitgenössische Zeitungsberichte.

53 Diese Zahl nennt Felix Butschek, *Die österreichische Wirtschaft 1938 bis 1945*, Wien u. Stuttgart 1978, 57 unter Berufung auf das Institut für Wirtschafts- und Konjunkturforschung.

54 Auf Grund einer Verordnung vom 11. Oktober 1939, in der eine Dringlichkeitsrangordnung für die Zuteilung von Baumaterialien festgelegt wurde. Vgl. Schausberger, *Rüstung*, wie Anm. 45, 54.

55 Hier war der Spatenstich am 16. Mai 1938 erfolgt. Das Tauernkraftwerk ging auf Pläne eines unter Führung der AEG stehenden Konsortiums zurück, deren Realisierung – ähnlich wie in Ybbs-Persenbeug – infolge der Weltwirtschaftskrise zurückgestellt werden mußte. In den dreißiger Jahren wurde (als Teil dieses Projekts) wohl die Großglockner-Hochalpenstraße gebaut; der Kraftwerksbau selbst blieb der Zukunft überlassen.

Anleiheverbot für Landesbehörden der Boden entzogen. Auch die mit großem Aufwand verkündeten Wohnbauprojekte blieben – mit wenigen Ausnahmen – auf dem Papier. In Wien z. B. bestand der Kern der NS-Wohnungspolitik in der ‚Arisierung‘ von 70.000 Wohnungen.<sup>56</sup> In Linz und Steyr hingegen, die als große Rüstungszentren ausersehen waren, wurden zwischen 1938 und 1945 15.000 neue Wohnungen errichtet; auch in der für die Kriegsproduktion wichtigen Steiermark war der Zuwachs beträchtlich; in der Stadt Salzburg hingegen soll er nur 1.500 betragen haben.<sup>57</sup>

Der Betrag von 750 Mio. Schilling<sup>58</sup>, der 1938 in Form von öffentlichen Aufträgen in die österreichische Wirtschaft floß, entsprach einem Anteil von 8 Prozent am Bruttonationalprodukt von 1937. 1937, einem Jahr mit verhältnismäßig hohen Arbeitsbeschaffungs-Anstrengungen, hatte der österreichische Staat Bestellungen von rund 300 Mio. Schilling plaziert.<sup>59</sup> Dabei scheinen die *direkten* Auswirkungen der öffentlichen Arbeiten am Arbeitsmarkt weniger ins Gewicht gefallen zu sein als die Ausstrahlungseffekte auf die Beschäftigung in den nachgelagerten Industrien: Der Höchststand der bei öffentlichen Bauprojekten beschäftigten Personen betrug 1938 90.000, gegenüber 52.800 (1937) bzw. 77.200 am Höhepunkt der von Schuschnigg 1935 propagierten „Arbeits-schlacht“.<sup>60</sup> Die für den Autobahnbau kolportierte Zahl von 15.000 Beschäftigten<sup>61</sup> scheint sich eher auf die geplanten denn auf die realen Größenordnungen zu beziehen.

56 Emmerich Tálos u. Fritz Weber, Der wirtschaftliche „Anschluß“ und die „sozialen Segnungen“ des Nationalsozialismus, in: Wien 1938, 316.

57 Vgl. Brigitte Keppinger, Nationalsozialistische Wohnbaupolitik in Oberösterreich, in: Rudolf G. Ardelt u. Hans Hautmann, Hg., Arbeiterschaft und Nationalsozialismus in Österreich, Wien u. Zürich 1990, 265 ff.; Ernst Hanisch, Nationalsozialistische Herrschaft in der Provinz. Salzburg im Dritten Reich, Salzburg 1983, 119 f.; Stefan Karner, Die Steiermark im Dritten Reich 1938–1945, Graz u. Wien 1986, 236 f.

58 WIFO-Monatsbericht 2–3 (1939), 128. Andere Quellen nennen eine etwas geringere Summe (675 Mio. Schilling). Vgl. ZStA Potsdam, 25.01 DR, 6675, Bl. 304; auch Schausberger, Rüstung, wie Anm. 45, 33 f., spricht von einem Betrag von 450 Mio. Reichsmark, der zum neuen Wechselkurs 675 Mio. Schilling entsprach.

59 Lt. Angaben von Finanzminister Neumayer, NFP vom 22. Oktober 1937.

60 KOFO-Monatsberichte 2 (1936), 45; 2 (1938), 44.

61 Hanisch, Provinz, wie Anm. 57, 86.

Die Beschäftigung von 25.000 der 90.000 im Jahr 1938 bei öffentlichen Arbeiten angestellten Personen bei Wehrmachtsbauten ist hingegen verbürgt.<sup>62</sup> Sie waren vor allem mit dem Bau von Kasernen befaßt. Das größte darüber hinausgehende Projekt, das Göring in seiner Rede vom 26. März angekündigt hatte, war die Gründung der *Wiener Neustädter Flugzeugwerke*, mit deren Bau noch 1938 begonnen wurde und wobei zeitweise über 20.000 Menschen beschäftigt waren.<sup>63</sup> Der Spatenstich für das als gigantischen Komplex – mit zwölf Hochöfen und weiterverarbeitenden Betrieben – geplante Stahlwerk in Linz erfolgte am 13. Mai 1938. Aber auch direkte Rüstungsaufträge erwiesen sich als ziemlich beschäftigungsfördernd: Allein in sieben mit Militärlieferungen befaßten Unternehmen waren im Herbst 1938 18.000 Arbeiter mehr eingestellt als im März des Jahres.<sup>64</sup>

Die rapide Zunahme der Zahl der Arbeitskräfte in Österreich um 180.000 im Jahr 1938 hängt also nicht ursächlich mit ‚Arbeitsbeschaffungsprojekten‘ zusammen, sondern war ganz eindeutig eine Nebenerscheinung von Aufrüstungsprojekten: Aus dem oben Gesagten ergibt sich, daß rund 60.000, also ein Drittel der neu geschaffenen Arbeitsplätze, der Kriegsvorbereitung zu verdanken waren. Die ‚zivilen‘ Arbeitsbeschaffungsprojekte mögen zwar im regionalen Maßstab von Bedeutung gewesen sein, gesamtwirtschaftlich fielen sie kaum ins Gewicht: In Kaprun zum Beispiel waren 1938 niemals mehr als 800 Arbeiter beschäftigt.<sup>65</sup>

Auch die direkten Auswirkungen der Rüstungsaufträge aus dem Altreich auf die österreichische Konjunktur dürfen nicht überschätzt werden: Sie machten bis zum Herbst 1938 nur 30 Mio. Reichsmark oder 45 Mio. Schilling aus und wurden in der nachfolgenden Periode – Oktober 1938 bis März 1939 – sogar stark auf 7 Mio. Reichsmark reduziert.<sup>66</sup> Ein nicht unbeträchtlicher Teil des Beschäftigungszuwachses in der Rüstungsindustrie scheint auf Investitionsvorhaben in den Betrieben zurückzugehen. Diesen Eindruck eines nur allmählichen Anlaufens der österreichischen Rüstungsmaschinerie bestätigt auch Schausber-

62 Vgl. Wittek-Saltzberg, Auswirkungen, wie Anm. 8, 77.

63 Schausberger, Rüstung, wie Anm. 45, 33.

64 AVA, Akten des Reichskommissars für die Wiedervereinigung mit dem Deutschen Reich, Karton 83/164: Resümee einer Besprechung des Gauleiters mit Betriebsführern und Betriebsobmännern der Rüstungsindustrie vom 28. 10. 1938.

65 Tálos u. Weber, Anschluß, wie Anm. 56, 315.

66 Schausberger, Rüstung, wie Anm. 45, 41.

ger: „Bis zur Tschechenkrise im März 1939“, schreibt er, „war von einer nennenswerten Rüstungsfertigung in Österreich noch keine Rede.“<sup>67</sup>

Erst am 30. März 1939 wurde in den *Wiener Neustädter Flugzeugwerken* der erste Flugzeug-Prototyp fertiggestellt; verschiedene andere Umstellungsprojekte in Unternehmen der Schwerindustrie (wie z. B. bei Böhler-Kapfenberg) waren zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen. Der Hauptaspekt lag noch immer auf den Investitionen: Von März bis September 1939 wurden, Schausberger zufolge, in Österreich rund 100 Mio. Reichsmark in Rüstungsprojekte investiert, die erst allmählich in das Stadium der Produktion eintraten.<sup>68</sup>

Kommen andere Exporte nach Deutschland als Ursache für den Beschäftigungsboom in Österreich in Frage? Der auffallend starke Rückgang der Arbeitslosigkeit in den westlichen Bundesländern<sup>69</sup> im ersten Jahr nach dem ‚Anschluß‘ dürfte eher mit der Sogwirkung zu tun gehabt haben, die von der Nachfrage nach Arbeitskräften aus dem Reich ausging, als mit gestiegenen Exporten. (Die Erhöhung der Ausfuhr nach Deutschland kompensierte, wie bereits erwähnt, nur den Ausfall des Exports in andere Länder.) Anders verhält es sich mit den ‚unsichtbaren‘ Exporten, die Österreich aus dem Fremdenverkehr zu verzeichnen hatte: In Salzburg stiegen die Übernachtungen im Fremdenverkehr 1938/39 gegenüber 1936/37 um über eine Million an. Österreichweit erhöhte sich in den ersten Monaten nach dem ‚Anschluß‘ (April bis Dezember 1938) die Zahl der Nchtigungen deutscher Urlauber gegenüber dem Vergleichszeitraum 1937 um über 500 Prozent.<sup>70</sup>

Neben der Vorbereitung der Rüstungsproduktion und der schwer zu quantifizierenden Steigerung der ‚unsichtbaren‘ Exporte ins Reich muß 1938 aber auch noch eine starke ‚zivile‘ inländische Komponente bei der Absorption der Arbeitslosigkeit in Rechnung gestellt werden: Die sprunghaft gewachsene private Konsumnachfrage – ablesbar an der Erhöhung der österreichischen Lohnsumme um 50–65 Prozent<sup>71</sup>, einer Steigerung des Umsatzes der Warenhäuser

67 Ebd. 45. Auf Seite 40 heißt es: „Das große Rüstungs- und Exportprogramm vom Herbst 1938 blieb auf die österreichische Industrie ohne sonderliche Auswirkungen.“

68 Ebd., 47 f.

69 Vgl. WIFO-Monatsbericht 2–3 (1939).

70 Hanisch, Provinz, wie Anm. 57, 122; Karl Bachinger, 1918–1945, in: Grundriß der österreichischen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte von 1848 bis zur Gegenwart, Wien 1987, 71.

71 Butschek, 20. Jahrhundert, wie Anm. 26, 60.

gegenüber 1937 um fast 80 Prozent<sup>72</sup> und in einem geradezu ‚explosiven‘ Weihnachtsgeschäft 1938<sup>73</sup> – muß eine Erhöhung der Beschäftigung in der Konsumgüterindustrie induziert haben.

Diese Mischung aus privater und öffentlicher Nachfrage bestimmte auch noch 1939 die österreichische Konjunktorentwicklung, wobei sich die öffentliche Nachfrage immer mehr zur Rüstungsproduktion verlagerte.<sup>74</sup> Demgegenüber stagnierten bzw. schrumpften – als Folge der Aufwertung des Schilling – traditionelle Exportsektoren wie die Textilindustrie; auch die Landwirtschaft verharnte (wie schon 1938) trotz staatlicher Förderungsmaßnahmen in einer Krise. Die Zunahme des Bruttonationalprodukts kann Tabelle 2 entnommen werden.

Tabelle 2: Bruttonationalprodukt in Österreich 1938–1939  
(real; Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent)

Jahr	Land- u. Forstw.	Indu- strie	Bau- gewerbe	Energie	BNP insges.
1938	-0,5	+18	+23	+ 7	+12,8
1939	-7,1	+30	+25	+13	+13,3

Quelle: Butschek, Die österreichische Wirtschaft 1938 bis 1945, wie Anm. 53, 65.

## 5. Entwicklung in Abhängigkeit: Österreich 1938 bis 1945

Der noch immer von einer starken ‚zivilen‘ Komponente mitgetragene Boom der Jahre 1938/39, der zu einer rapiden Absorption der Arbeitslosen führte, fand sein Ende im Beginn des Zweiten Weltkrieges. Hier ‚gute‘ und ‚schlechte‘ – oder, wie man in Anspielung auf jüngere politische Diskussionen sagen könnte: ‚anständige‘ und ‚unanständige‘ – Seiten des Anschlusses unterscheiden zu wollen, erscheint unstatthaft. Denn die rüstungsorientierte Wirtschaftspolitik des NS-Staates in Österreich war *von Anfang an* gegenwärtig. Es dauerte nur eine

72 WIFO-Monatsbericht 1–2 (1945), 43. 1939 stieg dieser Index noch einmal um 17 Prozent; erst 1940 war ein Rückgang zu verzeichnen.

73 Butschek, 20. Jahrhundert, wie Anm. 26, 61.

74 Vgl. Schausberger, Rüstung, wie Anm. 45, 46 ff.

gewisse Zeit, bis sie sich in der Produktion von Rüstungsgütern selbst niederschlug. Auch die allgemeine Richtung der deutschen Pläne für den Ausbau der Wirtschaft in Österreich war seit dem März 1938 deutlich erkennbar und verlief entlang jener Planlinien, die im Reich schon lange vor dem ‚Anschluß‘ entworfen worden waren und im Frühjahr 1938 bloß noch ihre letzte, konkrete Gestalt erhalten hatten.<sup>75</sup>

Bevor wir auf die konkrete Gestalt dieses Prozesses in verschiedenen Sektoren der österreichischen Volkswirtschaft zu sprechen kommen, soll noch eine besondere Seite der allgemeinen Umgestaltung dargestellt werden: Nach dem ‚Anschluß‘ kam es trotz verschiedener Verordnungen und Gesetze zum „Schutz“ der österreichischen Wirtschaft<sup>76</sup> zu einer weitgehenden ‚Germanisierung‘ der österreichischen Industriebetriebe, Banken und Versicherungsgesellschaften, die viel tiefer in die Eigentumsverhältnisse eingriff als die ‚Arisierungen‘. Diese bezogen sich in der Regel auf die Enteignung kleiner jüdischer Betriebe, während jene die großen Kapitalagglomerationen betrafen.

Nur ein geringer Teil der Verschiebungen in der Eigentumsstruktur ging auf das Konto der Errichtung von neuen Werken: Nach sowjetischen Ermittlungen, die sich auf deutsche Statistiken stützen, waren 1943 deutsche Firmen an insgesamt 326 österreichischen Unternehmen beteiligt, von denen nur 78 nach dem 13. März 1938 gegründet worden waren.<sup>77</sup> Der unfaire Modus der Eigentumsübertragungen (Zwang, Intervention von NS-Größen, Niedrigbewertung der Aktiva) findet sich ausführlich bei Liselotte Wittek-Saltzberg beschrieben.<sup>78</sup> An dieser Stelle mag der Hinweis genügen, daß die Aktienmehrheit der Creditanstalt-Bankverein, über welche bis zum 12. März 1938 die öffentliche Hand (Bund und Oesterreichische Nationalbank) verfügte, zuerst an die reichseigene Holdinggesellschaft VIAG übergang<sup>79</sup>, ehe später die

75 Vgl. Petzina, Wehrwirtschaftsplanung, wie Anm. 2, 471 ff.

76 Verordnung des Reichwirtschaftsministeriums (RWM) vom 19. März 1938 über die Beschränkung der Errichtung gewerblicher Unternehmungen und Betriebe in Österreich; Gesetz zum Schutz der österreichischen Wirtschaft vom 26. April 1938. Siehe: Schausberger, Rüstung, wie Anm. 45, 30.

77 Otto Klambauer, Zur Frage des Deutschen Eigentums in Österreich, in: Jahrbuch für Zeitgeschichte 1978, 146.

78 Wittek-Saltzberg, Auswirkungen, wie Anm. 8, 168 ff.

79 Die VIAG übernahm direkt nach dem ‚Anschluß‘ 48 Prozent des Aktienkapitals der Bank; dieser Anteil wurde im April auf 71,5 Prozent erhöht.

Deutsche Bank in Berlin sukzessive die Herrschaft über die größte österreichische Bank erlangte. Der Industriekonzern der Creditanstalt wurde zerschlagen: Wichtige schwerindustrielle Beteiligungen wie die Steyr-Daimler-Puch AG, die Simmeringer Waggonfabrik und die Judenburger Gußstahlwerke verlebte sich – ebenso wie die DDSG – der Hermann-Göring-Konzern ein; andere wie Krupp-Berndorf oder die Elin AG mußten später an private Interessenten aus dem Reich abgegeben werden. Insgesamt büßte die CA-BV gegen ihren Willen nach 1938 Beteiligungen an 21 österreichischen Unternehmen ein.<sup>80</sup> Das Gesamtausmaß der Eigentumsverschiebungen kann Tabelle 3 entnommen werden.

Tabelle 3: Deutscher Anteil am Aktienkapital österreichischer Aktiengesellschaften 1938 und 1944 (in Prozent)

Wirtschaftszweig	1938	1944
Banken	8	83
Versicherungen	6	51
Ölindustrie	0	92
Berg- und Hüttenwerke	25	72
Elektroindustrie	19	72
Chemische Industrie	4	71
Industrie insgesamt	9	57

Quelle: Klambauer, Deutsches Eigentum, wie Anm. 77, 148.

Der Ausbau der österreichischen Wirtschaft nach dem 12. März 1938 erfolgte nach den ‚wehrwirtschaftlichen‘ Erfordernissen des Deutschen Reiches. Dies gilt für die Wasserkräfte ebenso wie für die Erdölförderung, die Gründung des Ranshofener Aluminiumwerks und der Hütte Linz sowie für die Rüstungsbetriebe selbst: Aus Österreich stammten immerhin 29 Prozent aller im Zweiten Weltkrieg erzeugten Me 109-Jagdflugzeuge, 52 Prozent aller Panzer vom Typ IV, aber auch 20 Prozent der gesamtdeutschen Lokomotivproduktion (Wiener Lokomotivfabrik).<sup>81</sup>

80 Wittek-Saltzberg, Auswirkungen, wie Anm. 8, 173 f.; Nachlaß Franz Rauscher: „Verzeichnis der Beteiligungen, die die Creditanstalt-Bankverein nach dem 13. März 1938 unter Druck der reichseigenen Konzerne abgeben mußte“.

81 Schausberger, Rüstung, wie Anm. 45, 139 und 178.

Österreich teilte mit Deutschland verschiedene gemeinsame Entwicklungen wie die immer strengere Handhabung von Bewirtschaftungsmaßnahmen im Zuge der Umstellung auf die Kriegswirtschaft.<sup>82</sup> In den ersten beiden Kriegsjahren – bis zum Beginn des Krieges mit der Sowjetunion – herrschte jedoch noch eine „Friedenswirtschaft im Krieg“<sup>83</sup> vor. Erst danach wurde Wirtschaft ganz in den Dienst der Rüstung gestellt, was aus dem Anwachsen des Rüstungsanteils an der gesamtdeutschen Industrieproduktion von 16 Prozent (1941) auf 40 Prozent (1944) ersehen werden kann.<sup>84</sup> Insgesamt wurde die Rüstungsproduktion in diesem Zeitraum verdreifacht. Zugleich stieg der Anteil der Ausländer (Fremdarbeiter) und Kriegsgefangenen an der Gesamtindustrieschäftigung im Deutschen Reich (ohne Österreich) von einem Prozent (1939) auf 9,5 Prozent (1941) und 29,3 Prozent im Jahr 1944 (Stand jeweils 1. Mai) an.<sup>85</sup>

Die Zahlen für die österreichische Industrieproduktion lassen sich mit jenen fürs Gesamtreich nur bedingt vergleichen, doch spiegeln der steigende Anteil der Investitionsgüter und das gleichzeitige Fallen des Konsumgüteranteils die Tendenz zur Rüstungsproduktion (siehe Tabelle 4).

Tabelle 4: Anteil verschiedener Sektoren an der  
Industrieschäftigung in Österreich 1939 bis 1944 (in Prozent)

Industriebereich	1939	1940	1941	1942	1943	1944
Grundstoffe	23,7	25,8	24,5	24,2	25,6	26,0
Investitionsgüter	34,1	37,3	40,6	45,0	48,6	52,0
Konsumgüter	42,2	36,9	34,9	30,8	25,8	22,0

Quelle: Wagenführ, Industrie, wie Anm. 9, 140 ff.

82 Zu dem im März 1938 auch in Österreich eingeführten Preisregelungssystem trat mit der Kriegswirtschaftsverordnung vom 4. September 1939 ein rigoroses Rationierungssystem in Funktion.

83 Alan Milward, Der Zweite Weltkrieg, Wirtschaft und Gesellschaft 1939–1945, München 1977, 362.

84 Dietmar Petzina, Autarkiepolitik im Dritten Reich. Der nationalsozialistische Vierjahresplan, Stuttgart 1967, 187.

85 USSBS, The Effects of Strategic Bombing on the German War Economy, Washington 1945, 206.

Zwischen 1939 und 1944 stieg die Industriebeschäftigung in Österreich um rund 200.000 Personen oder um über 40 Prozent; im Investitionsgütersektor, zu dem auch die Rüstungsproduktion zählte, arbeiteten 1944 mehr als doppelt so viele Menschen als 1939. Die Bedeutung der Konsumgüterindustrie nahm insbesondere ab 1942 stark ab, weil zahlreiche Rüstungsbetriebe aus dem Altreich in den ‚Luftschuttkeller‘ Ostmark verlagert wurden, der lange Zeit außerhalb der Reichweite der alliierten Bomber lag.<sup>86</sup>

Der Anteil der zwangsrekrutierten Fremdarbeiter und der Kriegsgefangenen an den Beschäftigten nahm in Österreich noch stärker zu als im Altreich. Er erreichte 1944 einen Wert von 36 Prozent (gegenüber 1 Prozent 1939 und 10 Prozent 1942).<sup>87</sup> Denn hier war – wegen der riesigen Investitionsprojekte zum Ausbau der Wasserkräfte und der Rüstungsindustrie – der Anteil der Ausländer in der Bauwirtschaft besonders hoch. Er machte zu Ende März 1941 rund 45 Prozent aus.<sup>88</sup>

Ausländische Hände bauten nicht nur viele jener Objekte, die nach 1945 der österreichischen Volkswirtschaft zugute kamen; sie waren auch in hohem Maß gezwungen, an den Rüstungsanstrengungen des Deutschen Reiches auf österreichischem Boden mitzuwirken. Im Gau Oberdonau waren Ende 1942 fast 40 Prozent aller in den Rüstungsbetrieben Beschäftigten Fremdarbeiter oder Kriegsgefangene; in manchen oberösterreichischen Betrieben erreichte dieser Anteil 1943 bis zu 70 Prozent.<sup>89</sup> Zur selben Zeit wurden auch in verstärktem Maß KZ-Häftlinge in der Rüstungsproduktion eingesetzt. Ende 1944 befanden sich in den dafür bestimmten ‚Außenlagern‘ des Konzentrationslagers Mauthausen 60.000 Häftlinge; im Hauptlager waren nur noch 10.000 Menschen interniert.<sup>90</sup>

86 Vgl. Schausberger, Rüstung, wie Anm. 45, 129 ff.

87 Norbert Schausberger, Der Strukturwandel des ökonomischen Systems 1938–1945, in: Ardelt u. Hautmann, Arbeiterschaft, wie Anm. 57, 154; Butschek, 1938 bis 1945, wie Anm. 53, 91, gibt den Ausländeranteil mit 28 Prozent an. In den von ihm genannten Zahlen sind jedoch die ‚Fremdarbeiterinnen‘ in den Werten für die Frauenbeschäftigung mitinbegriffen (124 ff.).

88 Florian Freund u. Bertrand Perz, Industrialisierung durch Zwangsarbeit, in: Emmerich Tálos, Ernst Hanisch u. Wolfgang Neugebauer, Hg., NS-Herrschaft in Österreich 1938–1945, Wien 1988, 101.

89 Ebd., 106 ff.

90 Ebd., 109 ff.; vgl. auch Bertrand Perz, Projekt Quarz. Steyr-Daimler-Puch und das Konzentrationslager Melk, Wien 1991.

Aber nicht nur auf diese extensive Weise gelang es, die Erzeugung von Kriegsmaterial in Österreich enorm zu steigern; zur Erhöhung der Rüstungsproduktion trug auch die beträchtliche Investitionstätigkeit der Industrie bei, die aus den Zahlen über den Anstieg des Maschinenbestandes in kriegswichtigen Bereichen ersehen werden kann (Tabelle 5).

Tabelle 5: Werkzeugmaschinenbestand in Österreich, 1937 und April 1945

Industriezweig	Anzahl der Dezember 1937	Maschinen April 1938	Veränderung in Prozent
Eisen- und Metallwaren	23.693	29.471	+ 24,4
Fahrzeugbau	13.508	21.043	+ 55,8
Elektroindustrie	12.038	19.327	+ 60,5
Eisen- und Stahlbau	2.624	4.296	+ 63,7
Maschinenbau	8.868	18.096	+104,1

Quelle: WIFO-Monatsbericht 1-3 (1947).

Die Investitionstätigkeit konzentrierte sich allerdings hauptsächlich darauf, Engpässe in der deutschen Rüstungsproduktion zu beseitigen. Dies gilt gleichermaßen für staatliche Projekte, wie die Hütte Linz der Reichswerke Hermann Göring, die zur Verhüttung des am steirischen Erzberg abgebauten Erzes<sup>91</sup> errichtet wurde, oder die Aluminiumhütte in Ranshofen, wie für den privaten Bereich.<sup>92</sup>

Aber auch die Erschließung der Energiereserven Österreichs sollte den wehrwirtschaftlich motivierten Autarkiegrad der reichsdeutschen Wirtschaft erhöhen. Hier kam es aber vorerst zu umfangreichen Fehlinvestitionen, die erst in der Zeit nach 1945 positiv genutzt werden konnten, weil der Krieg zu unvorhergesehenen Prioritätenänderungen zwang. So wurde die Erschließung der

91 Der Erzabbau in Eisenerz stieg von 1,9 Mio. Tonnen (1937) auf 3,1 Mio. Tonnen (1940) an. Schausberger, Strukturwandel, wie Anm. 87, 156.

92 Die Wiederinbetriebnahme des 1931 geschlossenen Kupferbergbaues in Mühlbach am Hochkönig wäre ein Beispiel dafür. Vgl. Hanisch, Provinz, wie Anm. 57, 85.

Wasserkräfte nach mehr oder minder kurzer Zeit (Ybbs-Persenbeug 1939, Kaprun 1943) eingestellt, weil der Mangel an Energie wie an Baustoffen dazu zwangen, auf die Errichtung kalorischer Kraftwerke umzusteigen, die mit weniger Aufwand und in kürzerer Zeit fertigzustellen waren.<sup>93</sup> Dennoch wurden bis 1945 auch einige wichtige Wasserkraftbauten vollendet.<sup>94</sup> Auf diese Weise verdoppelte sich die Stromerzeugung in Österreich während der NS-Zeit (siehe Tabelle 6).

Tabelle 6: Stromerzeugung in Österreich 1937–1944 (in Mio. Kilowattstunden)

Jahr	Wasserkraft	Dampfkraft	Insgesamt
1937	2.390	500	2.890
1944	4.033	1.774	5.890
Veränderung 1937–44 in %	+68,7	+254,8	+100,9

Quelle: Koren, Energiequellen, wie Anm. 93, 172.

Auch die Ausbeutung der Erdölvorräte Österreichs war von enormer strategischer Bedeutung für die deutsche Kriegswirtschaft und wurde daher nach 1938 intensiv vorangetrieben. Die Schürfrechte, die bis zum ‚Anschluß‘ in westlichen Händen gelegen waren, gingen 1938 in deutschen Besitz über. Die Erdölförderung stieg von 37.000 Tonnen (1937) auf 1,2 Mio. Tonnen (1944) an.<sup>95</sup>

1943 und 1944 erreichte die Verlagerung von kriegswichtigen Betrieben nach Österreich ihren Höhepunkt.<sup>96</sup> Im Sommer 1943 setzten aber auch die ersten Luftangriffe auf Österreich ein. Da es zu immer häufigeren Produktionsunterbrechungen kam, begann man 1944 damit, die Produktionsanlagen zu dezentralisieren und zum Teil in unterirdische Höhlen und Stollen zu verlagern.<sup>97</sup> Die

93 Siehe: Stephan Koren, Struktur und Nutzung der Energiequellen Österreichs, in: Wilhelm Weber, Hg., Österreichs Wirtschaftsstruktur gestern – heute – morgen, Bd. 1, Berlin 1961, 172 ff.

94 Siehe Schausberger, Strukturwandel, wie Anm. 87, 159 ff.; Karner, Steiermark, wie Anm. 57, 367 ff.

95 Koren, Energiequellen, wie Anm. 93, 176 ff.

96 Vgl. Schausberger, Rüstung, wie Anm. 45, 199 ff.

97 Ein Beispiel beschreibt Perz, Projekt Quarz, wie Anm. 90.

Funktionsfähigkeit des wirtschaftlichen Apparates wurde aber dadurch empfindlich eingeschränkt, und nach der systematischen Bombardierung der Infrastruktur durch die Alliierten konnte seit Ende 1944 von einer regelmäßigen Produktion und Verteilung der Güter keine Rede mehr sein.<sup>98</sup> Allerdings war der Produktionsrückgang in Österreich bis Anfang 1945 mit 9 Prozent (gegenüber Mai 1944) wesentlich geringer als in anderen Teilen des Reiches, wo die Einbußen des industriellen Nettoproduktionswertes zwischen 20 und 58 Prozent lagen.<sup>99</sup>

## 6. Das wirtschaftliche Erbe des Nationalsozialismus

Die Ausrichtung der österreichischen Wirtschaft auf die Rüstungsproduktion führte zu einer nachhaltigen Änderung der Wirtschaftsstruktur. Dies zeigte sich im Bereich der Industrie in einem relativen Rückgang der Konsumgüterproduktion (siehe Tabelle 7), in einer Zunahme der Großbetriebe (Tabelle 8) sowie in regionalen Verschiebungen des Produktions- und Arbeitskräftepotentials.

Tabelle 7: Struktur der Industrieproduktion 1937 und 1948  
(Anteile in Prozent)

	1937	1948
Konsumgüter	57,0	48,1
Investitionsgüter und Grundstoffe	43,0	51,9
Industrie insgesamt	100,0	100,0

Quelle: Koren, Industrialisierung, wie Anm. 100, 325.

Die Zahl der Betriebe mit mehr als 1.000 Beschäftigten stieg zwischen 1930 und 1948 um rund 50 Prozent, die Zahl der in Großbetrieben beschäftigten Arbeitskräfte sogar um ca. 80 Prozent, wobei zu berücksichtigen ist, daß diese Kompilation die unter sowjetischer Verwaltung stehenden USIA-Betriebe nicht

<sup>98</sup> Vgl. Wagenführ, Industrie, wie Anm. 9, 93 ff.

<sup>99</sup> Ebd., 120.

enthält und daher die Zunahme der Großbetriebe unterschätzt.<sup>100</sup> Da der Trend zur großen Produktionseinheit in Westösterreich besonders stark ausgeprägt war (siehe Tabelle 8), kam es auch zu einer Westverschiebung der Schwerpunkte der industriellen Produktion (siehe Tabellen 9 und 10).

Tabelle 8: Regionale Verteilung der Großbetriebe mit über 1.000 Beschäftigten vor und nach dem 2. Weltkrieg

Bundesland	1930		1948	
	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte
Wien*	6	10.200	7	11.200
Niederösterreich	13	20.500	9	16.000
Oberösterreich	3	3.400	9	23.000
Salzburg	–	–	–	–
Tirol	–	–	–	–
Steiermark	8	15.600	15	34.000
Kärnten	–	–	1	1.300
Vorarlberg	–	–	2	3.100
Burgenland*	1	1.600	–	–
Österreich	31	51.400	43	88.600

\* Zahlen für 1948 ohne USIA-Betriebe. – Quelle: Koren, Industrialisierung, wie Anm. 100.

Über das Ausmaß, in dem sich in der Zeit des Nationalsozialismus der Stand des österreichischen Produktivvermögens geändert hat, gehen die Meinungen auseinander. Ob die kapazitätserweiternden Investitionen zwischen 1938 und 1945 größer waren als die Zerstörungen durch Kriegseinwirkungen (inklusive der 1945 erfolgten Demontagen) und die Abnützung des Kapitalbestandes, konnte nie mit Sicherheit eruiert werden. Nach Butschek<sup>101</sup> hielten sich Nettoinvestitionen und Kriegsschäden ungefähr die Waage, während Schausberger<sup>102</sup> sogar die Auffassung vertritt, daß die österreichische Wirtschaft nach Beseitigung der Kriegsschäden „bessere Bedingungen“ vorgefunden habe als 1937.

100 Stephan Koren, Die Industrialisierung Österreichs, in: Weber, Wirtschaftsstruktur, wie Anm. 93, Bd. 1, 325.

101 Butschek, 20. Jahrhundert, wie Anm. 26, 107.

102 Schausberger, Rüstung, wie Anm. 45, 185.

Tabelle 9: Regionale Verteilung der Arbeitskräfte in der österreichischen Industrie vor und nach dem 2. Weltkrieg (in Prozent)

	September 1937	September 1947
Ostösterreich (NÖ, Wien, Bgld.)	60,4	48,6
Westösterreich	39,6	51,4
Österreich insg.	100,0	100,0

Quelle: Niederösterreich an der Arbeit. Entwicklung und Leistung der gewerblichen Wirtschaft des Landes, hg. von der Handelskammer Niederösterreich, Horn 1948, 167.

Allerdings mußte dieses materielle Erbe erst aus dem Schutt gegraben werden, unter dem es im Frühjahr 1945 verborgen lag. Was uns heute als geradliniger Weg des Wiederaufbaus erscheint, war komplizierter als man geneigt ist anzunehmen: Viele der im Krieg errichteten Anlagen waren zerstört oder befanden sich in einem halbfertigen Zustand. Von den 18 in der NS-Zeit in Angriff genommenen Großkraftwerksbauten waren beispielsweise bei Kriegsende erst sechs vollendet. Nicht nur in Einzelfällen stellte sich die Frage, ob es sinnvoll sei, die Produktionsanlagen überhaupt wieder in Betrieb zu nehmen.

Tabelle 10: Zunahme der Industriebeschäftigung in den österreichischen Bundesländern 1937–1947 (in Prozent)

Bundesland	Zunahme
Oberösterreich	106
Salzburg	74
Kärnten	52
Tirol	45
Steiermark	38
Niederösterreich	34
Wien	26
Burgenland	15
Vorarlberg	5

Quelle: Schausberger, Strukturwandel, wie Anm. 87, 159.

Die Entscheidung über den weiteren Ausbau der Wasserkräfte war verhältnismäßig einfach, denn die meisten der NS-Großprojekte waren, wie erinnerlich, schon in der Ersten Republik geplant worden. Die größten Schwierigkeiten im Elektrizitätssektor lagen in der Finanzierungsfrage. Berechnet nach den Baukosten von 1954 entfiel zum Beispiel bei der Kraftwerksgruppe Glockner-Kaprun nur ein Drittel des Bauaufwandes auf die Jahre 1938 bis 1945.<sup>103</sup> Die Existenzberechtigung des Hüttenwerkes in Linz wurde hingegen anfangs von einer Reihe von Experten – auch des WIFO – in Zweifel gezogen, weil man – unter Hinweis auf die Zwischenkriegszeit – die Möglichkeit einer dauernden Ausnutzung der Kapazitäten äußerst pessimistisch beurteilte.<sup>104</sup>

Auch die ‚Germanisierung‘ des österreichischen Eigentums wirkte in die Zeit nach 1945 hinein. Die Absicht, das *Deutsche Eigentum* dem Zugriff der Besatzungsmächte zu entziehen, war der einigende Nenner der Großparteien in der Verstaatlichungsfrage. Ohne den Nationalsozialismus wäre es in Österreich wohl kaum zu so weitgehenden Verstaatlichungsmaßnahmen gekommen, wie sie die Gesetze von 1946 und 1947 vorsahen. Daß die Großbanken, die großen Elektrizitätsgesellschaften und ein beträchtlicher Teil der Industrie in den direkten Einflußbereich der Wirtschaftspolitik der öffentlichen Hand gerieten, hatte Konsequenzen für den Wiederaufbau: Der verstaatlichte Sektor übernahm – wie immer man seine aktuelle Rolle beurteilen mag – die Funktion eines Motors des Wiederaufbaus, indem er Rohstoffe und Halbfertigwaren unter dem Weltmarktpreis abgab und so die exportorientierte österreichische Privatindustrie subventionierte.

Das vom Nationalsozialismus übernommene wirtschaftliche Erbe konnte allerdings erst durch Hilfe ‚von außen‘ in vollem Umfang genützt werden: Durch den *Marshall-Plan* flossen Österreich beträchtliche Investitionsfonds zu. Fast 50 Prozent der zwischen 1948 und 1953 vergebenen ERP-Mittel gingen an die verstaatlichte Industrie und an die Elektrizitätswirtschaft. Rund 45 Prozent der im Zeitraum 1945 bis 1953 von der verstaatlichten Industrie getätigten Investitionen wurden aus den ERP-Fonds finanziert.<sup>105</sup>

103 Vgl. Zehn Jahre ERP in Österreich 1948/58, Wien 1958, 63 ff.

104 Vgl. WIFO-Monatsbericht 1–3 (1947), 29 f; Kurt W. Rothschild, *The austrian economy since 1945*, London u. New York 1950, 6 f.

105 Edmond Langer, *Die Verstaatlichungen in Österreich*, Wien 1966, 275; Eduard März, *Österreichs Wirtschaft zwischen Ost und West*, Wien, Frankfurt u. Zürich 1965, 113.

Von besonderer Wichtigkeit war die amerikanische Hilfe für den Ausbau der Wasserkräfte: Allein der Investitionsaufwand für das Kraftwerk Kaprun in den Jahren 1947 bis 1954 betrug 1,8 Mrd. Schilling; davon wurden 1,3 Mrd. aus ERP-Mitteln aufgebracht.<sup>106</sup> Dies entsprach mehr als einem Fünftel des Betrages, welcher der gesamten Industrie zur Verfügung gestellt wurde. Auch die großzügige Modernisierung der Stahlindustrie (LD-Verfahren!) wäre ohne die US-Hilfe schwer zu bewerkstelligen gewesen.

Durch den Marshall-Plan und den Vorrang der Investitionen im Wiederaufbau wurde die in der NS-Zeit einsetzende Orientierung auf den Investitionsgütersektor festgeschrieben. Auch die Verlagerung des ökonomischen Gewichts in Richtung Westösterreich wurde weiter akzentuiert. Denn die östlichen Landesteile (Wien, Niederösterreich und Burgenland) erhielten nur einen Bruchteil (etwa 20 Prozent) der vergebenen ERP-Mittel, der ihrer ökonomischen Bedeutung bei weitem nicht entsprach. Bis 1958 hatte sich daher die Beschäftigtenzahl in Westösterreich gegenüber 1936 mehr als verdreifacht, während der entsprechende Wert für Ostösterreich nur 1,7 ausmachte.<sup>107</sup>

Im Außenhandel wirkte die Integration Österreichs in die amerikanische Wirtschaftshilfe ebenfalls in eine Richtung, die der ‚Anschluß‘ von 1938 vorbereitet hatte: Das Schwergewicht der österreichischen Exporte, das sich im Verlauf der Ersten Republik allmählich aber stetig in Richtung Westen verschoben hatte, wurde durch die Zwangsgemeinschaft mit dem Deutschen Reich zwischen 1938 und 1945 *nachhaltig verändert*. Dieser Trend erfuhr durch die Spaltung Europas im Gefolge des Kalten Krieges eine weitere Akzentuierung. Die Bundesrepublik Deutschland stieg – als Teil der westlichen Wirtschaftsgemeinschaft – zum bei weitem wichtigsten Handelspartner Österreichs auf.

106 Oskar Vas, *Wasserkraft- und Elektrizitätswirtschaft in der Zweiten Republik*, Wien 1956, 25. Vas belegt auch die entscheidende Bedeutung der Marshallplan-Hilfe für den Beginn systematischer Bauarbeiten an den E-Werken nach dem Krieg.

107 *Ausch, Licht*, wie Anm. 47, 242.